

Stellungnahme zum Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom 03.06.2021

Unter der Überschrift „KIRCHE VERSCHÄRFT STRAFRECHT“ findet man in der Süddeutschen Zeitung einen Bericht über die Neuregelung der Ahndung von Sexualdelikten (sexueller Missbrauch).

Erst im weiteren Verlauf des Artikels erfährt man, dass der Päpstliche Rat für Gesetzestexte sich nicht nur mit diesem Thema beschäftigt hat, sondern offensichtlich ohne direkten Zusammenhang auch weitere „Straftaten“ generiert hat.

Auf Anregung von Papst Benedict XVI erarbeitete der Rat unter Beteiligung der Bischofskonferenzen, Behörden der Kurie, der Orden, sowie Kirchen- und Strafrechtlern in einer Zeit von mehr als 12 Jahren, einen neuen Straftatbestand: DIE PRIESTERINNEN-WEIHE VON FRAUEN.

Verboten ist nun unter Androhung der Tatstrafe der Exkommunikation, der Versuch einer Frau die heilige Weihe zu spenden, als auch der Versuch einer Frau, die heilige Weihe zu empfangen.

Beiden droht demnach die Exkommunikation, dem Kleriker zusätzlich die Entlassung aus dem Klerikerstand.

Diese Ankündigung im 21. Jahrhundert hinterlässt uns sprachlos. Welches Signal sendet die katholische Kirche damit aus. Man missachtet die Gleichheit aller Menschen, die gottgewollt und übrigens auch in unserem Grundgesetz festgeschrieben ist. Wie kann es sein, dass eine Kirche die Menschenrechte mit Füßen tritt und zu allem Überfluss daraus noch ein „Straftatbestand“ entsteht, der mit Exkommunikation auf das Härteste bestraft wird?

Die Initiative Junia *heute* ist fassungslos und solidarisiert sich ausdrücklich mit der Bewegung Maria 2.0.

Martina Reuter, 04.06.2021